

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Bestellgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Rottbuhlerdamm 23 I.

Inserate
bro vierseitige Beizeile 30 Pf.,
Stellenangebote 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Verbandsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 5.

Berlin, den 30. Januar 1909.

25. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die neue Agitationsbroschüre für Arbeiterinnen: „Im Spiegel des Lebens“ erscheint in den nächsten Tagen und wird mit deren Versand sogleich begonnen werden. Diejenigen Bevollmächtigten, welche bis zum 9. Februar nicht im Besitz der für sie bestimmten Sendung sind, wollen uns davon Mitteilung machen.

2. Der Zahlstelle Saarbrücken ist die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 2 Pf. erteilt worden.

3. Entgegen den Bestimmungen der §§ 45 und 49 im Statut haben die mit den Kassengeschäften betrauten Bevollmächtigten nachstehender Zahlstellen und Gaue die Abrechnung für das vierte Quartal 1908 noch nicht an die Verbandskasse eingeliefert: Aachen, Bant-Wilhelmshaven, Barmen, Bielefeld, Bochum, Brandenburg, Bromberg, Düsseldorf, Essen, Eßlingen, Flensburg, Gotha, Halberstadt, Heidelberg, Heilbronn, Hildesheim, Iserlohn, Koblenz, Konstanz, Kottbus, Limbach, Magdeburg, Mainz, München, Posen, Saalfeld, Wiesbaden, Zwickau, Gau I, 3, 5, 8 und 10.

Wir ersuchen die örtlichen Bevollmächtigten und Revisoren, dahin wirken zu wollen, daß sofortige Abrechnung erfolgt. Sind wir nicht bis spätestens den 8. Februar im Besitz der Abrechnung, wird zunächst die „Buchbinder-Ztg.“ gesperrt werden.

4. Mit Ablauf des Jahres 1908 bitten wir, alle diejenigen Mitgliedsbücher mit Buchnummer bis einschließlich 50000, welche nicht vom Verbandsvorstand, sondern von den Bevollmächtigten der Zahlstelle ausgestellt wurden, zur Erneuerung an den Verbandsvorstand einzuliefern, auch wenn dieselben noch nicht ganz vollgeklebt sind. Diejenigen Bücher, die als Ersatz für eine Mitgliedskarte oder als zweite bzw. dritte Bücher vom Verbandsvorstand ausgestellt sind, bedürfen der Erneuerung nicht, sind also nicht mit an uns einzuliefern.

Vor Einsendung der alten Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind, weil nur dann ein richtiger Uebertrag in das neue Mitgliedsbuch möglich ist. Insbesondere ist auch darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt; wobei auch der Name vollständig ausgeschrieben sein soll.

Die Inhaber solcher Mitgliedsbücher bitten wir, sofern sie ihrer Beitragspflicht bis einschließlich 52. Woche genügt haben, ihre Bücher an den örtlichen bzw. Gaubevollmächtigten zur Einlieferung an den Verbandsvorstand abzugeben. Die alten Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mit den neuen Mitgliedsbüchern zurückgegeben.

5. Wie schon der Ausdruck auf den Mitgliedskarten besagt, sind dieselben, sofern mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet und entsprechend Marken geklebt sind, gegen ein Mitgliedsbuch umzutauschen.

Die Ausstellung dieser Mitgliedsbücher geschieht durch den Verbandsvorstand. Bei der Einsendung der Karten ist darauf zu achten, daß die Beitragsmarken bis zur laufenden Woche geklebt sind. Auch muß jede Karte vom Inhaber unterschrieben sein. Die Karten werden nicht mehr zurückgesandt, sie bleiben in Verwahrung auf dem Verbandsbureau.

Karten, in denen die Beitragsmarken nicht mindestens bis zur 52. Woche 1908 eingeklebt sind, können jetzt auf keinen Fall mehr zum Umtausch angenommen werden.

Der Verbandsvorstand.

Etwas vom Klassenkampf.

Ein schwarzes Blatt in der sonst so schönen Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist die dem arbeitenden Volke so schädliche Sonderbündelei. Diese Sonderbündelei wird von ihren Repräsentanten ganz selbstverständlich auf jede Art und Weise beschönigt und verteidigt. Man muß doch für diese Sorte von Arbeiterverrat und Schwächung der Stohkraft der Arbeiterorganisationen ein „ethisches“ Aushängeschild haben. Man darf doch den Arbeitern nicht erzählen, daß diese Sondergewerkschaften gleich den neuesten gelben Erzeugnissen des Herrn Lebus nur auf Initiative der Unternehmer und deren Handlanger entstanden sind zur Vertretung von Unternehmerinteressen. Und so zerrt man denn „sachliche“ Gründe heran, die in „einwandfreier“ Weise das Sprüchlein von der Notwendigkeit der christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften „rechtfertigen“ sollen. Die lieben Christen behaupten, daß sie sich mit den freien Verbänden zur Verbesserung ihrer Lebenslage unmöglich zusammenschließen könnten, daselbe behaupten auch die kirchlichen Dunderschen.

Als vornehmsten Grund ihrer Ablehnung eines gemeinsamen festen Zusammenschlusses, eines gemeinsamen Vorgehens geben die Wortführer dieser Sonderorganisationen an, die „sozialdemokratischen“ Verbände ständen auf dem Standpunkt des Klassenkampfes. Einen solchen Standpunkt aber müßten sie, weil sie ja doch auf den Boden der heutigen „Gesellschaftsordnung“ ständen, weit von sich weisen. Wohl müßte die arbeitende Klasse ihre Lage zu verbessern suchen, jedoch dürfe dies nicht vom Klassenkampfstandpunkte aus geschehen.

So hört und liest man oft in christlichen und kirchlichen Dunderschen Organen und man kann sich bei Entgegennahme dieser obfusen Weisheit eines Rächels nicht erwehren. Diese Ablehnung des Klassenkampfstandpunktes ist eben auch nichts weiter als eines jener „ethischen“ Mitteldingen, mit denen man die Schwächung der organisierten Arbeiterschaft zugunsten des Unternehmertums so recht schön zu verschleiern sucht. Das ist zu einem Schlagwort auf jener Seite geworden und — so naiv es klingt — es verfährt auf jener Seite. Sehr oft werden, sobald in jenen Reihen mit diesem einfältigen Schlagwort operiert wird, auch Erfolge aufzuweisen sein.

Was ist denn nun eigentlich Klassenkampf? Der wenig Unterrichtete ist leicht geneigt, bei diesem Worte an Barrikaden, Morb, Totschlag und Nitroglycerin zu denken. Und doch ist Klassenkampf volkstümlich verständlich ausgedrückt nichts weiter

als die Betätigung bestimmter unter denselben Bedingungen lebender Bevölkerungsschichten zur Verbesserung ihrer Lage. Alles, was auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einer Bevölkerungsschicht hinzielt, muß ohne weiteres eine andere Bevölkerungsschicht benachteiligen, und so sehen wir, daß dann Klasse gegen Klasse kämpft, um für die ihr Zugehörigen Vorteile zu erringen.

So ist unter anderem auch jede politische Wahl nichts anderes als ein Stück Klassenkampf. Die Agrarier zum Beispiel suchen bei der Reichstagswahl mit allen möglichen Mitteln vor allem Vertreter des Großgrundbesitzes, also Junker, in das Parlament hineinzubugssieren, weil sie wissen, daß sie dann in der Lage sind, die agrarischen Interessen, d. h. die Interessen der Junkerklasse, gerichtet gegen die übrigen Volksschichten, nachdrücklich durchzuführen zu können. Und so schwärmen sie dann für hohe Getreide- und Fleischzölle, für die verächtlichen Liebesgaben, kurz für die Bewunderung anderer Volksklassen zugunsten der Junkerklasse.

Das ist Klassenkampf. Es ist auch Klassenkampf, wenn die aufgeklärte Arbeiterschaft bei den Wahlen so viel wie möglich Sozialdemokraten durchzubringen sucht, sie weiß, daß diese Partei gegen die soeben gekennzeichnete Junkerpolitik Sturm läuft und auch auf anderen Gebieten für die Verbesserung der Lage und Erleichterung der Lasten des arbeitenden Volkes eintritt. Auch das ist Klassenkampf. Es ist aber auch Klassenkampf, wenn kirchlich organisierte Arbeiter Zentrumsleute oder kirchlichen Dunderschen Arbeiter bei den Wahlen sogenannte freisinnige Vertreter durchzubringen suchen. Sie erwarten von diesen — allerdings täuschen sie sich bei dieser Annahme — gleichfalls ein Eintreten für ihre speziellen Arbeiterinteressen. Geschähe dies aber, so bedeutete auch das ein Zurückdrängen der Vorrechte und Vorteile anderer Klassen. Also auch hier wünscht man die Betätigung des Klassenkampfes.

Sehen wir andererseits den sogenannten Mittelstand an. Er begehrt unter anderem mittelständlerischen Forderungen auch den Befähigungsnachweis. Warum? Er erhofft davon ein Aufblühen des Handwerks und glaubt, daß dieses durch solche und ähnliche Palliativmittelchen wieder seinen berühmten „goldenen Boden“ zurückgewinnen könnte. Geschähe dies aber, dann trüge den Schaden der Großbetrieb, die Großindustrie davon. Also auch hier der Kampf der Handwerker gegen die Kapitalistenklasse.

Nehmen wir indessen noch harmlosere Vorgänge in alltäglichen Leben. Nehmen wir eine Petition irgendwelchen Inhalts, gerichtet an die gesetzgebenden Körperschaften. Sie wird stets das Bestreben irgendeiner Kategorie oder Klasse enthalten, deren Lage zu verbessern. Und wenn es nur die Petition irgendeiner Beamtenkategorie ist, die „in Ehrfurcht ersterbend“ an die gesetzgebenden Körperschaften behufs Aufbesserung ihrer ganz gewiß miserablen Löhne und Gehälter gerichtet wird. Es ist ebenfalls der wenn auch in mildesten Form gekleidete Ausdruck des Kampfes der betreffenden Klasse zur Verbesserung ihrer Lebenslage.

Beschreiben wir nun das gewiß große Kapitel des gewerkschaftlichen Klassenkampfes. Seine vornehmste Charakterisierung findet dieser ganz selbstverständlich entweder in dem Streik, seitens der Arbeiter injeniert zur Verbesserung oder Hochbetrieb ihrer Lebenslage, oder in der

Aussperrung, inszeniert von den Unternehmern zur Niederdrückung der Arbeiterkraft. Hier ist der Kampf der einen Klasse gegen die andere ganz offensichtlich. Darum ist auch jeder Streik, jede Aussperrung weiter nichts als eine klare, von jeder Sentimentalität entblößte Klassenkampfbetätigung.

Nehmen wir aber die leichteren Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die Lohn- und Tarifbewegungen, die zum Abschluß gebracht werden, ohne daß dabei der brutale Ausdruck des Klassenkampfes, der Streik, Anwendung findet. Auch hier nichtswertvoller Klassenkampf, der in den meisten Fällen die energiereichere Betätigung desselben durch den Streik nur deshalb ausschließt, weil eine der Parteien irgendwelcher wirtschaftlichen Gründe wegen vor ihm zurückweicht.

So sprechen bei der Entscheidung von Lohnbewegungen die Geschäftslage, die Stärke der Organisations und deren Kampfbereitschaft stets ein eindringliches Wortchen mit. Sie sind die entscheidenden Faktoren bei jeder Bewegung. Deshalb ist aber auch jede Lohnbewegung, jede Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit oder Befreiung von Mißständen zugunsten der Arbeiter, ganz gleichgültig ob sie zum Streik führt oder nicht, eine Betätigung des Klassenkampfes. Denn sobald in einem Betriebe auf Grund einer solchen Bewegung der Lohn erhöht oder die Arbeitszeit verkürzt wird, so geschieht das auf Kosten der Profitrate des Unternehmers. Die Unternehmerklasse hat dadurch in ihrer Gesamtheit einen Nachteil, die Arbeiterklasse einen Vorteil erreicht. Hierbei fällt auch nicht weiter ins Gewicht, wenn der so benachteiligte Unternehmer den erlittenen Schaden später auf andere Gruppen abzuwälzen sucht. Es tritt hier dann weiter nichts in Erscheinung, als ein neuer Klassenkampf anderer Gruppen. . . .

Mit diesen Deduktionen fällt aber auch das Schlagwort, daß christliche oder kirchlich-Demokratische Gewerkschaften den Klassenkampf verpönnen und infolgedessen ihr Aufgehen in den freien Verbänden unmöglich sei, haltlos zusammen. Sie machen — falls man ihren Angaben Glauben schenken darf — Lohnbewegungen, erhöhen die Löhne der Arbeiter, verkürzen deren Arbeitszeit, tun jedoch auf jede Art Verbesserungen ihrer Organisationszugehörigen zu erreichen. Sogar der Streik ist bei den kirchlich-Demokratischen trotz des vielberühmten „Harmoniepunkt“ nicht gänzlich verpönt, bei den Christlichen ist er sogar kraft der naturgemäßen Zunahme des Klassenkampfes moderner als früher geworden. Die Waffe, welche hier die Handlanger der Kapitalisten zur Zersplitterung der Arbeiterkräfte feinerzeit geschaffen, entgleitet ihnen eben immer mehr und mehr und das eigene Geschloß richtet sich gegen den Schützen. . . .

Es wäre also Torheit, den Klassenkampf negieren zu wollen. Klassenkampf war, ist und wird sein, so lange die verschiedenen Bevölkerungsklassen vorhanden sind. Und im heutigen modernkapitalistischen Staat, der eine noch genauere Präzisierung

und Scheidung der Klassen unbedingt im Gefolge haben muß, ist der Klassenkampf unerlässlich. Ein Klasse gibt sich auf, wenn sie ihm nicht huldigt. Sie lehnt damit dann auch ihre Daseinsmöglichkeit ab. Und deshalb ist es auch weiter nichts als eine faule Lustrede, wenn Vertreter christlicher oder kirchlich-Demokratischer Organisationen vorgeben, mit den freien Verbänden nicht gemeinsame Sache machen zu können, weil die letzteren aus dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen. Es ist nichts als ein Feigenblatt, das man der Blöße des systematischen Arbeiterverrats vorhängt und dem breite Volksmassen nur noch deshalb folgen, weil ihnen leider noch nicht ein tieferes Eindringen in die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge möglich war.

Doch auch hier wird es dümmern. Dafür sorgen die sich immer mehr zuspizierenden Klassengegensätze. Diese werden dem Volke entgültig die Augen öffnen. Dann werden aber auch die künstlichen Schranken fallen, von denen eine auch das Schlagwort vom Klassenkampf ist, das bisher von üblen Veräxtern vorgehoben wurde, um die Arbeiter an der einheitlichen Entfaltung ihrer Kräfte zu hindern. — Wir schließen in den Worten eines bürgerlichen Ideologen, des Professors Werner Sombart:

„Jede sozialdemokratische Wahl, aber auch jede vom proletarischen Geist erfüllte Genossenschaft, jeder echte Gewerkeverein ist eine Form des Klassenkampfes. Zuft wie jede agrarische Bewegung zur Hochhaltung des Kornpreises, jeder Antrag eines Handwerkerkongresses, den Befähigungsnachweis einzuführen, jede Petition einer Handelskammer, die Vorfengesetzgebung zu reformieren, Klassenkampf, dreimal Klassenkampf ist.“

Der Mann ist ein Bürgerlicher. Hoffentlich begreifen auch bald die Arbeiter die in dem seeben angeführten Satze ausgesprochene Binsenwahrheit.

Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf im Reichstage.

Ek. Daß die Gesetzgebung meistens hinter der wirtschaftlichen Entwicklung einherhinkt, ist eine alte Erfahrung. Dies trifft besonders dann zu, wenn es sich um die Wahrung von Arbeiterinteressen handelt. Alle Berufsgruppen haben ihre gesetzlichen Interessenvertretungen: der Handel in den Handelskammern, die Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern, das Handwerk in den Handwerkerkammern usw. Nur die Arbeiterschaft entbehrt einer solchen Vertretung, obgleich es an Vorschlägen und Entwürfen dafür aus ihren Reihen nicht gefehlt hat. Aber die Arbeiterschaft wird von der deutschen Gesetzgebung noch immer nicht als eine für unsere ganze Wirtschaftsordnung wichtige oder gar die wichtigste Interessengruppe betrachtet, sondern als eine Klasse, die nur den anderen Klassen als Sockel ihrer Macht und ihres Reichums dienen soll. Davon legt auch der dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf betreffs Arbeitskammer-

mern, der in Nr. 49 des „Correspondenzblatt“ der Generalcommission abgedruckt ist, sprechendes Zeugnis ab.

Ueber die Frage: ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern? — sind lange Zeit die Meinungen innerhalb der Arbeiterschaft auseinandergegangen. Arbeitskammern sind paritätische Institute, in denen Arbeiter und Arbeitgeber zu gleichen Teilen vertreten sind, während die Arbeiterkammern lediglich aus Vertretern der Arbeiterschaft bestehen. Die Meinungen gingen hauptsächlich deswegen auseinander, weil die Anhänger der Arbeitskammern von diesen eine bessere Vertretung der Arbeiterklasse erwarteten, indem nicht nur ihre Gutachten eher Berücksichtigung finden würden, da sie unter Mitwirkung der Arbeitgeber zustande kämen, sondern weil ihnen vielleicht auch öffentlich-rechtliche Funktionen übertragen werden würden: also die Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes sowie die Forderung des korporativen Arbeitsvertrages. Ähnliche Aufgaben wollen die Vertreter der Arbeiterkammern diesen auch zugewiesen haben. Sie legen den entscheidenden Nachdruck darauf, daß reine Arbeiterkammern den Standpunkt der Arbeiter unerschütterlich zum Ausdruck bringen werden als dies von paritätischen Arbeitskammern geschehen könne. Die sozialdemokratische Partei war bislang mehr für Arbeiterkammern eingetreten als der Gewerkschaftskongress zu Köln 1905 sich durch eine entsprechende Resolution für Arbeitskammern erklärte. Da tiefe grundsätzliche Unterschiede nicht vorlagen, indem beide Anschauungen die bestmögliche Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse bezweckten, so hat sich später auch die sozialdemokratische Partei auf den Boden der Kölner Resolution gestellt. Nun kam die Regierung im Februar 1908 mit einem Entwurf für die Schaffung von Arbeitskammern heraus, der aber ob seiner Mangelhaftigkeit in die Versenkung verschwand. Im November erschien dann der jetzige Entwurf, der am 15. und 16. Januar im Reichstag zur ersten Beratung stand und vom Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg vertreten wurde. Der Herr Staatssekretär stimmte dabei ein Loblied auf die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen an. Aber gerade weil dieselben die Berufsinteressen der Arbeiterschaft in wirkungsvoller Weise vertreten, deshalb wären Arbeitskammern notwendig, um einen friedlichen Ausgleich zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen anzustreben. Er sagte u. a.:

„Was an der Organisation von Arbeitern geschehen kann, das geschieht und ist geschehen von den Gewerkschaften in allen ihren Schattierungen, und alles, was von einer reinen Arbeitervertretung in ihren Wirkungskreis zum Besten der Arbeiter gezogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit tatsächlich erstreckt. Kein Gesetzgeber hätte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgängertum der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten

ihren Geist, ihre ganze Empfindung in Aufruhr brachten.

„Bist Du da, Marie?“ Die Kranke regte sich wieder und ließ unter den kaum geöffneten Augenlidern den ausdruckslosen Blick auf der Tochter haften.

„Ja, Mutter.“ Das Mädchen beugte den Kopf dicht auf den Mund der Kranken.

„Sag' ihm, er soll's schnell machen, der alte gute Mann . . . Glaub's nicht, Marie, wenn sie sagen, der Tod sei schrecklich und häßlich . . . Die Menschen haben ihn nur dazu gemacht, weil sie ihn nicht kennen. Da ist er wieder. „Kommt, Tochter!“ sagt er wieder freundlich und gibt mir die Hand. Ja, ich komme. Schlafen will ich, schlafen, schlafen! Gutnacht, meine Tochter. Es ist schon dunkel. Gutnacht, Mariechen . . . Schlafen! Schlafen!“

Ängstlich starrte die Tochter auf das Antlitz der Mutter. Die Augenlider hatten sich fest geschlossen und der Atem ging tief wie in schwerem Schummer. Leise erhob sich Marie und trat zum Fenster; sie lehnte die Stirn an die kühlenden Scheiben und blickte hinab auf das bunte Straßengebüsch des Sonntags. In Feiertagskleidung schlenderten die frohlich gestimmten Menschen dahin. Ab und zu zog ein singender Trupp junger Leute vorbei. Es mußte wohl schon Frühling sein: helle Mädchenhüte und leichte Gewänder tauchten hin und wieder aus der Menge der Vorübergehenden auf.

Plötzlich wandte Marie sich um; es war ihr, als habe sie einen Schrei gehört. Sie trat zum Bett; die

Kranke atmete tief wie vorher. Das Mädchen blickte erschrocken auf die Mutter; es schien, als seien Wangen und Schläfen eingefallener als noch vor wenigen Minuten. Marie spannte alle Sinne an; sie konnte nicht von der Empfindung frei werden, als sei überhaupt eine seltsame Veränderung mit der Kranken vor sich gegangen. Jeder Atemzug wurde von einem höflichen Nischen begleitet. Der Puls setzte hin und wieder aus.

„Mutter!“ Leise, ängstlich rief das Mädchen. Eine leichte Kopfbewegung, ein feiner, unwilliger Zug im Gesicht, kaum merklich, war die Antwort der Kranken.

Das Mädchen schien sich zu vertiefen. Immer länger wurden die Pausen, immer unregelmäßiger die Atemzüge.

Marie hatte die Hand der Mutter gefaßt und blickte lange selbstvergessen auf die eigenartig und leicht bewegten Züge der Kranken. Die Lippen bewegten sich leise; sie brachten keinen Ton mehr hervor.

Wie schwer doch das Sterben war! Oft schrie's der am Bette Sitzenden, als sei das Leben erlosch: . . . aber immer wieder hob sich der Atem, setzte der Puls noch einmal schwer ein. . . . Dann wieder folgte ein schwacher, seufzender Schrei. . . . Ein rollendes, dumpfer Ton, ein heftiger Atemzug, ein zuckendes Pulsschlag. . . .

Dann wurde es still, ganz still. „Mutter?“

Der Tod.

Von Ernst Prezang.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Die Kranke schloß tief erschöpft die Augen. Marie fühlte ein heftiges Weh, eine brennende, schmerzende Traurigkeit in der Brust. Wie ein Gefühl der Schuld lastete es auf ihr. Sie hatte die Mutter nicht gekannt, empfand sie, hatte die heimliche Sorge nicht gesehen. Als selbstverständlich hatte sie hingegenommen, wofür sie — das fühlte sie jetzt — der Mutter täglich hätte danken müssen. Und vor ihr stieg jenes Leben auf, das nun am Ende seiner Bahn war, das nur mit den letzten Resten der übriggebliebenen Kraft sich noch gegen das völlige Sterben wehrte. Und sie sah plötzlich, wie die Mutter schon seit Jahren mit der Krankheit gekämpft hatte. Deutlich erschienen vor ihrem inneren Blick die Bilder des Leidens, von den ersten Anzeichen bis dahin, da die Mutter zusammenbrach. Und dazwischen die stets sich wiederholende Erinnerung: wie die Mutter am Waschfaß oder am Plättbrett stand. So lange sie denken konnte. Was war denn dies ganze einträgliche Leben gewesen, in dessen Tagesstunden sich die Arbeit mit der Sorge, die farge Küche der Nacht sich mit den Leiden teilte? Marie preschte die Hände gegen die hämmern den Schläfen, aber sie vermochte nicht den auf sie einströmenden Fragen auszuweichen, die

können. Wie denkt man sich da staatliche Arbeiterkammern? Sollen sie neben die Gewerkschaften treten? Dann wären sie von vornherein lebensunfähig. Denn neben der ausgebreiteten, geradezu erschöpfenden Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen bliebe ihnen nichts zu tun übrig. — Oder sollen die Arbeiterkammern an die Stelle der Gewerkschaften treten, staatlich organisierte und sanktionierte Gewerkschaften darstellen? Auch das ist ein unmöglicher Gedanke. Die Gewerkschaften würden sich mit seiner Ausführung doch nur dann einverstanden erklären können, wenn diese Kammern in ihrer Organisation, in der Anwendung der Mittel, deren sie zur Erreichung ihrer Zwecke zu bedürfen glauben, derselbe oder vielleicht ein noch freierer Spielraum gelassen würde, wie gegenwärtig den Gewerkschaften. Dazu aber könnte sich kein Gesetzgeber verstehen. Die Arbeiterorganisationen — die Gewerkschaften — bedienen sich — ebenso wie auch Arbeitgeberorganisationen — im wirtschaftlichen Kampfe der schärfsten Mittel: des Boykotts, der Sperrten, vernichtender Streiks, der Streikflotten, des Koalitionszwangs usw. . . . Kein Staat kann Streit- oder Boykottkammern gründen, so wenig wie Schwarzlistenkammern. Mag der wirtschaftliche Kampf mit solchen Mitteln einmal zur historischen Notwendigkeit geworden sein, so kann doch der Staat diesem Kampfe gegenüber immer nur die Stellung einnehmen, daß er seine Ursachen zu beseitigen, seine Formen zu mildern und auf seine möglichst schnelle Beseitigung hinzuwirken hat.

Man solle Arbeitgeber und Arbeiter endlich einmal zusammenführen, dann würde sich bei gutem gegenseitigen Willen manches bessern lassen. Deshalb würden berufliche Kammern vorgeschlagen, die für größere Bezirke nach Bedarf geschaffen werden sollen.

So der Herr Minister. Man wird sich diese Ausführungen zu merken haben. Einmal als Beweis dafür, daß selbst preussische Minister sich auf die Dauer der zwingenden Gewalt der Tatsachen nicht verschließen können. Zum andern, um sie jenen subalternen Geistes auf Rathhern, in Redaktions- und Amtsstuben, die noch immer in jeder Gewerkschaft das Werk einer Handvoll Heber und hinter jedem Streik die Hydra der Revolution sehen, vorzuhalten.

Mit Ausnahme der sozialdemokratischen und polnischen Partei traten die Medner aller Parteien für paritätische Arbeiterkammern ein.

Der Zentrumsredner Trimborn erklärte: „Es hat sich lange genug Forderung gegen Forderung, Behauptung gegen Behauptung, Koalition gegen Koalition gegenübergestellt. Man darf geradezu behaupten, daß durch die fortschreitende Organisation sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer diese beiden Klassen mehr und mehr von einander abgerückt sind, und es ist ein dringendes Bedürfnis, eine Kraft zu schaffen, die die auseinanderstrebenden Elemente zur Aussprache und zur Verständigung zusammenführt. Wir sind der Meinung, daß das Votum, das Gutachten, die

Meinungsaussäuerung, die Entschlichung der Arbeiterkammer ein ganz anderes Gewicht haben wird, als das Votum, die Entschlichung und die Meinungsaussäuerung einer einseitigen Interessenvertretung.“

Der konervative Medner v. Winterfeld erklärte sich zwar zustimmend, aber nur mit schweren Bedenken für diesen Entwurf. Besonders habe seine Partei Bedenken gegen das passive Wahlrecht der Frauen. Arbeitersekretäre will er nicht in die Kammern hineingewählt sehen, sondern nur solche Leute, die in der Praxis stehen und noch selbst arbeiten. (!) Zu diesen hätte er mehr Vertrauen wie zu den von Gewerkschaften oder von der sozialdemokratischen Parteileitung instruierten Arbeitersekretären.

Auch der christliche Gewerkschaftssekretär Abgeordneter Behrens tritt für paritätische Kammern ein, ebenso für die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre, wobei er auf die Erfahrungen in England und in der deutschen Tarifvertragspraxis verweist.

Der freisinnige Abgeordnete Potthoff nahm Anstoß daran, daß die technischen Angestellten den Arbeiterkammern unterstellt würden, die Handelsangestellten aber ausgeschlossen bleiben sollten. Notwendig sei entweder das Hineingehen aller Angestellten, aber dann mit Gleichberechtigung gegenüber Unternehmern und Arbeitern, oder die Herausnahme aller Angestellten aus dieser Organisation.

Der polnische Medner Kulerski dagegen verlangte reine Arbeiterkammern. Von dem Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern ver spricht er sich wenig.

Der Abgeordnete Legien, Vorsitzender der Generalkommission, vertrat den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Arbeiterkammerfrage. Nach einem Rückblick auf die parlamentarische Geschichte dieses Problems zeigte er besonders, wie das Centrum seine Stellung zur Arbeiter- und Arbeiterkammerfrage fortwährend gewechselt habe und der Abgeordnete Hitze noch 1895 für reine Arbeiterkammern — und zwar Lokal- und Bezirkskammern — und eines Reichsarbeitsamtes — eingetreten sei. Legien wies die Auffassung, daß durch paritätische Kammern der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hergestellt werden könne, als eine falsche zurück. Die Möglichkeit einer Verständigung könne nur von Macht zu Macht erfolgen. „Schaffen Sie den Arbeitern die Macht, die die Unternehmerklasse hat, dann wird das, was sich jetzt zeigt, Vereinbarung mit Unternehmern, Tarifverträge, ein jahrelanges friedliches Verhältnis, zur Wahrheit werden.“ Im weiteren legte Legien dar, wie die sozialdemokratische Partei eine großzügige Gesamtvertretung von Industrie, Handel, Gewerbe und Arbeit mit Selbstverwaltungsaufgaben und sozialpolitischen Aufsicht- und Verwaltungsbefugnissen gefordert habe, die eine paritätische war, aber durch die Unachtsamkeit dieser Forderung und durch den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses sich gedrängt sah, eine gleichberechtigte Vertretung der Arbeiterklasse als reine Arbeiterkammern zu fordern. Wenn die Gewerkschaften sozial Sachkenntnis, Umsicht und Organisations-talent besitzen, als der Staatssekretär ihnen nachrühmte, dann müsse auch ihrem Urteil in dieser Frage eine große Bedeutung beigemessen sein. Die Sozialdemokratie will aber die Parität der Interessenvertretung keineswegs ausschließen. Die Arbeiterkammer solle nur der Ankerbau für die Organisation sein, ihr solle in höherer Instanz ein paritätisches Arbeitsamt folgen, das nicht nur gutachtliche, sondern auch verwaltungsrechtliche Funktionen ausüben und Exekutivgewalt haben solle. Hier solle die Parität durchaus gewahrt werden. Dafür werden für die Arbeiterkammern auch nur gutachtliche Funktionen verlangt.

Im einzelnen war der Medner nicht einverstanden mit der beruflichen Gliederung; die territoriale Gliederung sei vorzuziehen. Auch gegen den Ausschluß der Beschäftigten im Handel, Schifffahrt, Eisenbahnenwesen, Militärverwaltungen und Staatsbetrieben müsse Einspruch erhoben werden. Ferner müsse den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, unabhängige Personen ihres Vertrauens, die gegen Mißregelung geschützt sind, zu wählen. Dazu gehöre die Zulassung der Beamten der Gewerkschaften zur Kammer. Den konserverativen Medner, der solche Arbeitersekretäre ausgeschlossen sehen wollte, verwies Legien darauf, daß in den Landwirtschaftskammern

wählbar seien: Vorstandsmitglieder oder Beamte landwirtschaftlicher oder landwirtschaftlichen Zwecken dienender Vereine, Genossenschaften, sowie solche Personen, denen die Wählbarkeit von der Landwirtschaftskammer beigelegt wird. Die Konserverativen scheinen von Grundfäden des Rechts und der Gerechtigkeit eine ganz andere Auffassung zu haben, als sonst im öffentlichen Leben stehende Leute. Nechlich liege es bei den Handwerks- und Handwerkerkammern. Man hätte erwarten dürfen, daß den Arbeitern dieselben Rechte eingeräumt würden als den Unternehmern. Das sei nicht geschehen und daher sei es nicht zu verargen, wenn den Arbeitern Zweifel darüber entstanden, daß die Regierung die Interessen der Arbeiter ebenso wahr, als die der Unternehmer. Besonders wandte sich Legien auch gegen die bürokratische Geschäftsführung und gegen die Art der Kostenbedeutung. Medner schloß mit der Erklärung, daß die vorgeschlagene Organisation als ausreichende Vertretung der Arbeiter nicht anzusehen sei. Seine Fraktion werde aber in der Kommission versuchen, ein brauchbares Gesetz zustande zu bringen.

Im Interesse der Arbeiterschaft ist dringend zu wünschen, daß dieser Versuch der sozialdemokratischen Fraktion gelingen möge, denn so wie der Entwurf vorliegt, wäre er als Gesetz unbrauchbar. Unbrauchbar deshalb, weil er die Gleichberechtigung der Arbeiter verhöhnt, weil er die Arbeiterschaft nicht nur in berufliche Gruppen zersplittert, sondern auch nach Bundesstaaten, ja sogar nach Städten und engbegrenzten Bezirken. Weil er ferner die berufenen Vertreter der Arbeiter, die Angestellten der Berufsorganisationen, nicht als wählbar zu den Arbeiterkammern zuläßt, die Arbeiter der staatlichen Betriebe, der Heeres- und Marineverwaltung, der Eisen- und Straßenbahnen, der Schifffahrt und Fischerei, des Handels und Verkehrs und der Landwirtschaft und Gärtnerei völlig entrechtet, indem es für sie keine Arbeiterkammern geben soll.

Das schlimmste jedoch leistet sich der Entwurf in der Regelung der Geschäftsführung. Daß der Vorsitzende weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein darf, gehört zur paritätischen Organisation und leistet dem Eindringen der Bürokratie Vorstoß. Die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter bleibt denn auch der Aufsichtsbehörde vorbehalten. Aber dieser Vorsitzende, der von der Kammer nicht besoldet werden darf (von wem, darüber sagt der Entwurf nichts), hat alles in seiner Hand: er leitet die Vertreterwahlen, entscheidet über die Gültigkeit der Wahlen (ebengültige Instanz ist die Aufsichtsbehörde), bestimmt und leitet die Sitzungen der Kammer, bestimmt deren Tagesordnung und setzt die öffentliche Beratung gewisser Gegenstände aus; er mietet die nötigen Büroräume, stellt alle Hilfskräfte an und entläßt sie und regelt den Plan der Verteilung der Kosten der Arbeiterkammer. Er hat in den Beratungen der Kammer volles Stimmrecht, gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag und kann Beschlüsse, welche die Befugnisse der Kammer überschreiten, mit ausübender Wirkung beanstanden. Daneben bleibt für die Selbstverwaltung der Arbeiterkammer nur soviel Raum, daß sie ihre Geschäftsordnung aufstellen kann (mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde), den Haushaltsplan feststellt, die Jahresrechnung abnimmt und Vertreter, die ihre Wählbarkeit verloren haben, ihres Amtes entsetzt. Sie kann Ausschüsse einsetzen und Sachverständige hinzuziehen, muß aber auch einen Vertreter der Aufsichtsbehörde jederzeit anhören. In allem und jedem ist die Kammer von der Behörde abhängig. Bürokratie ist das Leitmotiv der Verwaltung; der Entwurf steigert dieselbe aber noch zum Schema. Er läßt bei mehreren Arbeiterkammern am gleichen Orte die Befehlsgewalt eines gemeinsamen Vorsitzenden und gemeinsame Büreaus und Hilfskräfte zu, so daß also die Verwaltung stehender von Arbeiterkammern in den gleichen Händen ruht. Die Berufskammern dürfen sich weder beruflich noch territorial vereinigen, sie dürfen keine gemeinsamen Arbeitstammergebote abhalten und keine gemeinsamen Arbeitstämmer unterhalten. Alles, was außerhalb ihrer zulässigen Befugnisse liegt, müssen sie bei Ausübungsgesuche meiden. Die bürokratische Verwaltung, die Abhängigkeit von der gleichen Bürokratie ist das Einzige, was sie eint!

Was sind solche Kammern anders als Delegationen der Regierung — Beratungsausschüsse der

Marie sah wie gebannt und sah auf das Antlitz der Mutter, minutenlang. Dann sah sie, wie es sich allmählich plätschte; ein feiner, zarter Ton überhauchte es; das Strenge, Starre und Kranke wich mehr und mehr aus den Zügen, und eine unendlich milde, freundliche Weichheit breitete sich darin aus. Marie fühlte sich plötzlich von jeder Angst befreit. Immer ruhiger, immer friedlicher ward ihr zu Mute. Sie fühlte nicht, daß sie weinte, daß Tränen auf Tränen niederran und auf die schmalen, weißen Hände der Mutter fiel.

„Mutter?“ Leise, wie zu einer Heiligen, beugte sich ihr Mund auf die reine, kaltenlose Stirn. „Bist Du erst, Mutter?“

Auf dem weißen, fast heiteren Gesicht schwebte es wie ein Lächeln.

Marie richtete sich auf, ging zum Fenster und öffnete es. Ein frischer Luftzug, der erste Hauch des eben erwaudten Frühlings, wehte herein, und der breite rote Schirmner der dort drüben hinter dem Giebel versinkenden Sonne flutete ihn nach und vergoldete das Sterbezimmer.

Wie ein großer, alles umfassender Friede breitete sich's darin aus.

Die grünenden Topfkübeln auf dem Fensterbrett hatten erst eine einzige Blüte getrieben, eine große, rote Erbsenblüte. Marie schloß sie, Legte sie sanft auf die Brust der Toten und flüsterte: „Wie schön Du bist, Mutter! Wie schön!“

Beförden, die man nach Gutdünken ins Leben rufen, einberufen und mit Aufträgen betrauen kann. Die eigene Initiative ist bis auf ein Minimum eingeschränkt, die Vertretung von Arbeiterinteressen nahezu unmöglich gemacht. Arbeitgebervertreter und Vorsitzende haben stets die Mehrheit! Stehen aber alle Arbeitervertreter bei der Beschlussfassung über Gutachten oder Anträge den Arbeitgebern geschlossen gegenüber, dann unterbleibt jede Beschlussfassung. Gerade in solchen Momenten, wo die Kammer wirklich einmal besondere Arbeitermeinungen zum Ausdruck bringen, besondere Arbeiteranträge vertreten soll, versagt der ganze Apparat. Der Entwurf will für solche Fälle beiden Gruppen das Recht geben, ihre Meinung mit schriftlicher Begründung zu Händen des Vorsitzenden niederzulegen, — ein gleiches soll den Minderheiten gegenüber Mehrheitsbeschlüssen gestattet sein, — aber das liegt natürlich einem unterdrückten Kammerbeschluss nicht entfernt auf. Zu wirklicher Arbeitervertretung sind diese Kammern unbrauchbar.

Und für ein solches Monstrum von Gesetz sollen die Arbeiter zur Hälfte die Kosten tragen, indem diese von dem im Kammerbezirk gelegenen Gemeinden von den Arbeitern und Arbeitgebern je zur Hälfte einzuziehen sind.

Die Aussichten des Gesetzesentwurfs auf Annahme durch das Reichstag sind ziemlich aussichtslos, so daß wir damit zu rechnen haben. Um so mehr ist zu wünschen, daß die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Verbesserungen angenommen oder doch wenigstens mit berücksichtigt werden.

Der Arbeiterschaft in allen Berufsklassen sollte dieser Gesetzesentwurf als Mahnung dienen, bei allen politischen Wahlen nur zuverlässige Vertreter ihrer Interessen zu wählen.

Die Verschmelzung des Portefeuilleverbandes mit dem Sattlerverbande.

Die Verschmelzung dieser beiden Verbände löste bekanntlich in Nr. 43 ff. der „Buchbinder-Zeitung“ einige kurze Artikel aus Kollegenkreisen aus, die den Verbandsorganen dieser beiden Verbände gegen den Strich gingen und darum eine uneheliche Polemik zur Folge hatten, in dessen Verlauf beide Verbände vorstände sich veranlaßt fühlten, gegen den Vorstand des Buchbinderverbandes bei der Generalkommission Beschwerde zu erheben. Die Generalkommission beauftragte für den 9. Januar eine Sitzung an, in der diese Beschwerde behandelt werden sollte. Die Vertreter der Sattler- und Portefeuilleer erklärten dort, wie übrigens bereits in Nr. 2 der „Buchbinder-Zeitung“ mitgeteilt wurde, daß es sich für sie nur darum handelte, festgestellt zu sehen, ob der Buchbinderverband nach der erfolgten Verschmelzung der beiden Verbände der Sattler- und Portefeuilleer einen neuen Kartellvertrag mit ihnen einzugehen gedenke. Das Resultat der Sitzung war folgende Resolution:

„Die Vertreter der Vorstände der Verbände der Buchbinder, der Portefeuilleer und der Sattler erklären, daß sie dahin wirken wollen, das Vertragsverhältnis, das bisher zwischen dem Verband der Buchbinder und dem Verband der Portefeuilleer bestanden hat, nach Verschmelzung des Portefeuilleerverbandes mit dem Sattlerverbande, dem neugegründeten Industrieverbande und dem Buchbinderverband zu erneuern.

Zwecks Abschluß des Gegenseitigkeitsvertrages findet in nächster Zeit eine Konferenz von Vertretern der genannten drei Verbände statt. Sollte auf dieser Konferenz über einzelne Vertragspunkte eine Einigung nicht erzielt werden, so ist nachmals unter Anteilnahme der Generalkommission zu verhandeln.“

Die im zweiten Absatz dieser Resolution angeführte Konferenz fand am 11. Januar im Bureau unseres Zentralvorstandes statt. Die dort gepflogene Debatte ergab, daß die Meinung überwiegt, daß eine bestimmte Grenze des Organisationsgebietes nicht gezogen werden kann. Eventuelle Grenzstreitigkeiten sollen schieblich-friedlich geregelt werden. Solchen Grenzstreitigkeiten soll jedoch durch einen Kartellvertrag, der sich an den mit dem Portefeuilleerverband abgeschlossenen Vertrag anlehnt, vorgebeugt werden. Auf dem gemeinsamen Verbandstage der beiden Verbände der Sattler- und Portefeuilleer wird ein Vertreter des Buchbinderverbandes anwesend sein.

Unsere Zukunfts-Organisation.

Bei der Betrachtung der Entwicklung unseres Verbandes wird wohl sicher manches treue Mitglied sich die Frage unserer Zukunftsorganisation vorgelegt haben. Die Frage liegt ja angesichts der bisherigen stolzen Entwicklung, die vor 15 bis 20 Jahren wohl der größte Optimist nicht geahnt hätte, nahe genug. Wir dürfen wohl ruhig in die Zukunft schauen; wir können hoffen, daß nach Verlauf der gegenwärtigen schweren Krise der diesjährige Stillstand überwunden sein wird, und wir dann, wenn wieder eine Reihe von Jahren verfloßen sind, eine abermalige gewaltige Steigerung der Mitgliederzahl und finanziellen Leistungsfähigkeit überblicken werden. So gewiß nun auch unsere Hoffnung in Erfüllung gehen wird, so dürfen wir doch nicht alles der Zukunft allein überlassen. Der stolze Erfolg ist nur eine Folge der treuesten Eingabe unserer Vorkämpfer im Verband. Einer zähen Energie und einer fast grenzenlosen Arbeitsfreudigkeit ist es gelungen, eine gute Organisation zu schaffen. Die Jugend soll von den Alten lernen und ihnen nachzusehen. Daß die Agitation von Mund zu Mund die beste und diese zu betreiben Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen ist, dürfte nicht so oft wiederholt werden müssen. Hand in Hand mit dieser persönlichen Agitation muß auch der Verbandsvorstand durch Anstellung besoldeter Beamten gehen. Entgegen den heimmütigen Betrachtungen des Kollegen Quefelleit, Fagen, ist doch festzustellen, daß die Anstellung befähigter Kollegen das Wachstum der Gewerkschaften, insbesondere auch unseres Verbandes, beschleunigt hat. Das beweist das Wachstum im sächsischen Erzgebirge, wie auch im Rheinland. Es hat sich ja auch im Laufe der Jahre zur Genüge gezeigt, daß die große Mitgliederfluktuation ein großer Krebsgeschaden in den Gewerkschaften ist. Tausende treten im Jahre ein und leider treten Tausende wieder aus. Die Entwicklung würde eine noch gewaltigere sein, wenn dies nicht wäre. Die gewerkschaftlichen Kämpfe würden viel erfolgreicher und demgemäß auch die Errungenschaften größer sein. Diesem Uebel entgegen zu steuern, ist unsere Aufgabe. Wir müssen die Bankeilmütigen binden, wir müssen dem Egoisten, der fragt: Was bietet der Verband? — gewissermaßen die Waage aus der Hand schlagen, indem wir ein gutes Unterstützungssystem schaffen. Gewiß haben wir hierin schon vieles getan. Die Tagesätze für die Arbeitslosenunterstützung können nicht beträchtlich mehr gesteigert werden. Ich glaube sogar, daß der Verbandstag in Nürnberg hierin etwas zu weit gegangen ist. Unser Ziel müßte zunächst sein, für die Zukunft weniger die Tagesätze in die Höhe zu bringen, als vielmehr die Unterstützungsdauer zu erhöhen. Der Kampf ums Dasein wird immer schwerer, die Wirtschaftskrisen werden sich infolge der wahnwitzigen kapitalistischen Produktion immer mehr häufen und immer verheerender wirken. Hat sich schon in der gegenwärtigen Krise die Dauer von 70 Tagen als zu kurz erwiesen, so wird das in Zukunft noch mehr in Erscheinung treten. Ist das Los der ausgesetzten ledigen Mitglieder beiderlei Geschlechts ein bitteres, so ist das Los des Familienvaters doppelt schwer. In dieser Beziehung müssen wir von den graphischen Organisationen lernen. Auch der Metallarbeiterverband ist in der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen gegangen. Der nächste Verbandstag sollte sich daher mit dieser Frage ganz eingehend beschäftigen. In normalen Zeiten würden die Mehrausgaben sicher nicht so schwer ins Gewicht fallen, es würde auch traurig sein, wenn die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit 70 Tage übersteigen würde. Immerhin müssen wir vorbereiten, es bedarf eines wirklich großen Idealismus für den Ausgesetzten, wenn ihn alles verläßt, dem Verband die Treue zu halten. Vorbildlich in dieser Frage muß uns der Senefelderbund sein, der trotz seiner hohen Unterstützungsdauer eine Extraunterstützung ausschrieb zu dem ausschließlichen Zweck, diesen Opfern der Krise aufzuhelfen. Meiner Ansicht nach ist auch die Abschaffung der halbjährigen Karenzzeit ein Fehler gewesen. Der junge Gehilfe, der die Lehre verlassen hat, wird von seinem Prinzipal auf die Straße geworfen, ohne daß ihm schließlich die Organisationsmöglichkeit gegeben wurde. Wir dürfen eben nicht nach dem Stand der Großindustrie allein rechnen, sondern auch mit dem sogenannten handwerksmäßigen Betrieb. Am schon die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter für den Verband zu interessieren, würde auch sehr zu empfehlen sein, Jugendsektionen zu gründen. Bei einem ganz minimalen Beitrag könnte dann dem jungen Kollegen eine Reiseunterstützung geboten werden. Es könnte aber auch und dies ist der Kernpunkt, bereits die Jugend gewonnen werden. Bei allen großen Erhebungen des Volkes hat die Jugend die Hauptarbeit geleistet. Der Lehrling muß eben auch erzogen werden, und es muß auch den Kollegen ge-

sagt werden, die den Lehrling oft als ein Objekt betrachten, an dem sie ihr Mühen kühlen können. Dadurch werden Feinde erzogen. Betrachten wir weiter, welche Verbesserungen oft die mütterlichen Junglingsvereine und hierauf die Militärtage bringen, so ist die Bedeutung der Jugendorganisation genug gekennzeichnet.

Der Verbandstag in Nürnberg hat uns auch die Krankenunterstützung für männliche Mitglieder gebracht. Hier müssen wir aufbauen, der Verband muß zugleich eine gute Zuschußkrankenkasse sein. Auch diese Unterstützung wird der Fluktuation steuern. Gewiß, gegenwärtig belastet diese Unterstützung die Verbandskasse, aber es gab eine Reihe Delegierte, die für einen etwas höheren Beitragsfuß eingetreten sind. Hohe Beiträge haben stets die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften bewiesen und eine Steigerung der Mitgliederzahl gebracht. Gäßen wir die Beiträge von vor zehn Jahren, dann hätten wir statt den leidigen Stillstand in der Krise, eine noch unangenehmere Mitgliederflucht. Der Zug der Zeit drängt in der Gesetzgebung zur Unterdrückung der freien Hilfskassen und auch unsere Zentralkrankenkasse wird sich in eine Zuschußkasse verwandeln müssen. Der Anschluß der Portefeuilleer an den Sattlerverband dürfte das Interesse dieser Kreise an der Zentralkasse mindern, da auch eine Sattlerzentralkasse existiert, und auch diese Kasse sicher einmal dem Sattler- und Portefeuilleerverband angeschlossen werden soll. Wenn aber auch diese Umstände nicht eintreten, so dürfte doch das junge Blut in den Leistungen des Verbandes Genüge finden und die Zentralkrankenkasse müßte an Bedeutung verlieren. Gerade in bezug auf die Unterstützung müssen wir ein Hauptaugenmerk richten und uns nicht gar so mit der Invalidenkasse überfüllen. Ich bin ein Anhänger der Invalidenkasse, bin aber zurzeit ein Gegner des Obligatoriums. Die Invalidenkasse ist schon bei ihrem gegenwärtigen Stand lebensfähig, vielleicht müßte noch eine geringfügige Erhöhung eintreten. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob sich nicht nach dem Vorbild des Verbandes der Bureauangestellten das Anteilssystem empfiehlt. Durch Entnahme mehrerer Anteile könnte den Kollegen etwas wirklich Gutes geboten werden, natürlich muß dies dann im Willen des einzelnen liegen.

Gewiß wird in Zukunft auch wieder eine Beitragserhöhung eintreten müssen. Das ist uns ja kein Geheimnis, das hat der Zeit geht vorwärts. Das Klagen über zu hohe Beiträge ist müßig. Es hindert nicht den Gedanken des Klassenkampfes, sondern es kann ihn nur fördern, wenn der Verband eine große Familie ist, der seine Angehörigen in allen Stürmen unterstützt. Ich bin der Meinung, wenn man im Verband die Krankenunterstützung dermaßen ausbaut, daß dann der Beitrag von 1 Mk. in der höchsten Stufe nicht zu hoch wäre.

Mit dem Ausbau unseres eigenen Verbandes ist jedoch keineswegs unsere Entwicklung erschöpft. Überall sehen wir eine Strömung nach Schaffung großer Industrieverbände. Nun stellen sich ja gerade in den graphischen Organisationen diesem Gedanken große Hindernisse entgegen. Ich will gar nicht darauf eingehen, daß speziell prinzipielle und taktische Meinungsverschiedenheiten in den betreffenden Verbänden bestehen. Für uns dürfte wohl das schwierigste sein, daß unser Gewerbe gewissermaßen ein Konglomerat ist, eine Verbindung verschiedener Industriegruppen. Es findet sich neben dem eigentlich graphischen Arbeiter, dem Vergolder und Linierer hauptsächlich die allerdings mit der graphischen Industrie eng verbundene Papierindustrie sowie auch die Leder galvanisierarbeit. Ganz von der Hand wäre der Gedanke nicht zu weisen, unseren Verband zu einem Industrieverband der Papierarbeiter auszubilden. Dem steht aber entgegen, daß die Arbeiter in Papier- und Buntpapierfabriken und dergleichen dem Verband der Fabrikarbeiter zuzurechnen sind und unser eigenes Rekrutierungsgebiet höchstens 60.000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt. Gewiß eine Zahl, deren Organisierung angustreben ist, aber doch für eine höhere Organisationsform ein zu eng begrenztes Gebiet. Es bedarf ja keines Hinweises, daß die Papierindustrie, soweit sie sich in unserem Berufe zeigt, zur graphischen Industrie gehört wie Kohle und Eisen. Was würden die Erzeugnisse der Graphik bedeuten, ohne daß sie in der handlichen Form des Buches dem Publikum zugänglich gemacht werden. Die Kartonagenindustrie hat nahe Verzweigungspunkte mit dem Steinbruder- und Lithographenberuf, mindestens soweit sie die Luxuskartonagen anbelangt. Nicht nur bei uns ist der Gedanke des Industrieverbandes lebendig. Der Genosse Sillier, der Vorsitzende des Senefelderbundes, ist ein eifriger Anhänger dieses Planes. Dieser Verband ist übrigens bereits auf dem Vormarsch zum Industrieverband. Die Angliederung des Lithographen-, des Photographen- und des Form-

fechterverbandes, denen kurz über lang noch der Klographen- und der Rollenstecherverband folgen werden, sind Beweis hierfür.

In einem früheren Artikel habe ich schon die Anstrengungen einer Vereinigung mit dem graphischen Hilfsarbeiter-Verband das Wort gesprochen. Der Buchbinder insbesondere ist in früheren Jahren in den graphischen Instituten eigentlich als Hilfsarbeiter angesehen worden. In größeren Buch- oder Steindruckereien arbeiten Buchbinder und graphische Hilfsarbeiter beiderlei Geschlechts nebeneinander. Im Tarif der Hilfsarbeiter in München wurden die Lohnverhältnisse der Druckereibuchbinder mitgerechnet und andererseits sind die Lohnverhältnisse der Hilfsarbeiter im Industriegebiet Nürnberg-Fürth durch unsere Lohnbewegung mit gebessert worden. Zu einer Verschmelzung besonders geeignet ist auch die beiderseitige große Zahl der Arbeiterinnen, die zusammen über 17 000 steigt. Daß der Gedanke kein neuer ist, beweist auch die Urabstimmung in unserem schweizerischen Bruderverband. Wenn auch leider noch abgelehnt, hatte er doch in unserem Verband, wenn auch eine kleine, so doch eine Mehrheit. Der Gedanke marschiert, wenn er auch hier und da belächelt wird. Eine derartige Vereinigung würde einen riesigen Aufschwung der Organisation bedeuten, eine Erhöhung der Aktionsfähigkeit und eine Erleichterung der Organisation. Der Hauptwert aber liegt darin, daß diese die Vorstufe für den Industrieverband sein müßte. Der Vertrag könnte ein Hindernis nicht sein, in beiden Verbänden ist die Staffellung der Beiträge, der in den höchsten Klassen nur um 10 Pf. differenziert.

Noch einige Worte zu den sogenannten Nebenbranchen. Gewiß wird das Interesse hier nicht so lebendig sein können. Manchem wird eine nähere Verbindung der Papier- und Lebergalanterie mit Einschluß der Porzellaner, eventuell auch den Galanteriefaktoren, erstrebenswert erscheinen. Aber an dieser Trennung ist unser Verband unschuldig, das Recht des Aelteren haben wir dem Frieden geopfert. Ich bin der festen Überzeugung, daß auch die Interessen dieser Kollegen gewahrt würden. Man würde jedenfalls eine gesunde Dezentralisation im Zentralverband schaffen müssen, analog den Zentralkommissionen im Senefelder-Bund. Auch unser Verband hat ja bereits für die Kartonnagen- und für die Stützebranche solche Kommissionen. Trotz ihrem jetzigen Standpunkt müßte der geeinigte Sattler- und Portefeulienverband mit unserem Verband rechnen und einen Gegenseitigkeitsvertrag eingehen.

Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann wird auch ein starker Verband der graphischen und Papierindustrie keine Utopie sein. Wir werden vielmehr Schritt für Schritt dahin gelangen. Die Entwicklung zeigt uns die Entstehung großer polygraphischer Institute, wo alle diese gesonderten Zweige zusammen arbeiten und schließlich zusammen schlagen müssen. Helfen wir mit an dem Werk zum Nutzen der Gesamtkollegenchaft. Ich hoffe, daß diese meine Ausführungen ein Echo bei unserer Kollegenchaft wecken werden.

Ernst Gsch.

Korrespondenzen.

Gesperrt ist: Aachen.

Zugang ist fernzuhalten von Köln.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

Der Streik in Aachen geht nach wie vor weiter. In nächster Nummer werden wir ausführlich über denselben berichten und dabei unseres Bundesgenossen, der christlichen Organisation, gedenken müssen.

Stuttgart. Am 23. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Die Berichte der Verwaltung, sowie die der Kontobuch-, Kartonnagen- und Tarifkommission und des Tarifschiedsgerichts gingen den Mitgliedern gedruckt zu. Durch alle diese Berichte zieht sich wie ein roter Faden das Wort Krise. Nicht nur an den hohen Zahlen der Arbeitslosenunterstützungen und zum Teil empfindlichen Lohnausfällen unserer Mitglieder konnte man sie wahrnehmen, sondern, was weit gefährlicher ist, sie beeinflusste die Agitation und die strikte Einhaltung des Tarifes merklich. Durch eine stete Agitation, es kamen auf jede Werkstube durchschnittlich zwei Versammlungen,

wurde die Mitgliederzahl auf der alten Höhe von annähernd 1200 gehalten.

Schon über ein Jahr wird von der hiesigen Gehilfsenschaft die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für unsere Beruf von der Arbeitsvereinigung verlangt. Bis jetzt ohne Erfolg. Es wäre dies für unsere Arbeitslosen, die unser Verband dem Arbeitgeber in der schlechten Geschäftskonjunktur arbeitsfähig erhalten muß, damit sie, wenn man sie wieder als Arbeitstiere gebraucht, nicht vor Elend unfähig zur Arbeit sind, von großem Nutzen.

In 11 Zahlstellenversammlungen wurden 6 Referate, teils bildender, teils instruktiver Natur, gehalten. Die Beteiligung am Verbandsleben von seiten der Mitglieder war etwas besser als im Vorjahr, jedoch nicht voll befriedigend. Vergnügungen und Exkursionen wurden 7 arrangiert. Die Verwaltung mußte 32 Sitzungen zur Erledigung ihrer Arbeit abhalten.

Der Bericht der Tarifkommission und des Tarifschiedsgerichts hebt hervor, daß beide Institutionen von den Mitgliedern sehr wenig „belastigt“ wurden. Dieses ist sehr zu beauern, da feststeht, daß viele nur aus Angst, ihre Stellen zu verlieren, Tarifverlegungen hingen lassen oder doch solche erst dann melden, wenn es zu spät ist, ihnen Recht zu verschaffen. Beide Institutionen haben das wenige, was ihnen vorlag, zur Zufriedenheit der Rechtstuchenden erledigt.

Die Tarifkommission der Kontobucharbeiter ist mit ihrem im Vorjahre eingeführten Tarif zufrieden. Einige Differenzen wurden von der Kommission beigelegt.

Weniger erfreuliches kann die Agitationskommission der Kartonnagenarbeiter berichten. Diese Branche wurde von der Krise weniger getroffen und war Nachfrage nach tüchtigen Arbeiterinnen mit Ausnahme des vierten Quartals stets vorhanden. Die im Sommer vom Vorstand und der „Buchbinder-Zeitung“ betriebene allgemeine Agitation wurde hier bis aufs Äußerste durchgeführt. Der Erfolg hätte besser sein können. Durch den Wegzug des Kollegen Thalheim, der sich um die Sparte der Kartonnagenarbeiter hier verdient gemacht hat, mußte eine neue Kommission gewählt werden, von der man ein erfolgreiches Wirken ebenfalls erwarten darf.

Der Kassenbericht konstatiert eine geringe Zunahme der Ueberschüsse. Die Hauptkasse bilanziert mit 27 148,25 M. An Unterstufungen wurden insgesamt 9803,40 M. aufgewendet. Der Verbandskasse wurden 12 044,20 M. abgeliefert.

Die Lokalkasse erzielte eine Einnahme von 8992,62 M., der eine Ausgabe von 8400,88 M. gegenüber steht; darunter an Unterstufungen 4545,80 M. Der freiwillige Extrabeitrag wird hier obligatorisch erhoben. In einer sehr lebhaften Diskussion wird folgender Antrag der Revision angenommen:

Die vom Verbandsvorstand der Lokalkasse aufgelegten 23,75 M., die vor drei Jahren ein hiesiger Unterstufungsanzahler zuviel ausgezahlt hat, sind abzulehnen.

Zur Annahme gelangte auch folgender Antrag: Von nun an werden alle, die sich zur Aufnahme melden, sowie die durch Reste oder auf Grund des § 16 b gestrichen werden, oder freiwillig austreten, auf dem Halbmonatsbericht namentlich veröffentlicht.

In die Ortsverwaltung wurden wiedergewählt: Schiebel, Dreßwald, Schopper II, Draub; neu: Schröder und Dürr. Weiter wurden gewählt zu Revisoren: Decker, Schleich jun. und Hemminger; zu Gewerkschaftsdelegierten: Decker, Schröder und Draub; zur Tarifkommission: Dietrich, Frey, Hemminger, Schopper II, Reuler, Lange, Friedrich, Kränmer; zu Bibliothekaren: Meßle und Claß.

Breslau. In der am 23. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab Neugebauer den Geschäftsbericht. Im vorigen Quartal wurden 5 Versammlungen, eine Generalversammlung und sechs Werkstättenversammlungen abgehalten. Die Zahlstelle weist 190 Mitglieder auf, gegen 171 im dritten Quartal. Den Kassenbericht gab Kleinert. Die gesamte Einnahme betrug 1400,11 M., die Ausgabe 1020,50 M. Das Stiftungsfest brachte ein Defizit von 19,58 M. Der Gaubereich erstattete Jahrs. Die Gesamteinnahme des Gaues beträgt 276,63 M., die Gesamtausgabe desgleichen. Der Gau zählt zurzeit 28 Mitglieder. Als erster Vorsitzender der Zahlstelle wurde Neugebauer einstimmig wiedergewählt, ebenso Volkmann als zweiter Vorsitzender. Für Kleinert, der sein Amt als Kassierer niederlegte, wurde Potur gewählt, zum Schriftführer Wollny, zum Bibliothekar Wagner, zum Kartelldelegierten Volkmann; Sablig und Scholz als Revisoren. Beschlossen wurde noch, einen Gantag in diesem Jahre abzuhalten, da der letzte schon vier Jahre zurückliegt. Brieg wurde als die geeignetste Stadt hierzu angesehen.

Berlin. Am Donnerstag, 21. Januar, hielten die Stützearbeiter und Arbeiterinnen ihre Branchenversammlung ab, die sich mit den Berichten der Branchenleitung und den Neuwahlen zu derselben befaßte. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken des verstorbenen Kollegen Karl Friederici in der üblichen Weise. Den Tätigkeitsbericht des verlassenen Jahres erstattete der Branchenvertrauensmann Wendt. Es fanden 4 Branchenversammlungen, 8 Delegierten-, 38 Werkstaben-, 3 Tarifkommissions- und 1 Schiedsgerichtssitzung statt. Ferner machten sich 8 Verhandlungen mit den einzelnen Fabrikanten notwendig. Sodann gab Hoffmann den Bericht als Vertreter der Branche in der Ortsverwaltung. Zur Erledigung der Geschäfte mußte er an insgesamt 94 Sitzungen teilnehmen. Redner ersucht die Kollegen, sich besser am Verbandsleben zu beteiligen und sämtlichen Anordnungen ihrer Funktionäre strikte Folge zu leisten, damit dieselben auch die gesamten Kollegen hinter sich haben. Den Bericht der Zentralkommission gab der Obmann Kuskowski. Er forderte die Kollegen auf, am Ort und in der Provinz darauf hinzuwirken, daß der Nachweis immer mehr benutzt wird. Von den Versammelten wurde gewünscht, daß die Adresse des Nachweisleiters des öfteren im Verbandsorgan bekannt gemacht wird. Bei der Wahl der Branchenleitung wurde Wendt als Vertrauensmann, Sinke als Stellvertreter und Schriftführer, Hoffmann als Vertreter der Branche in der Ortsverwaltung einstimmig gewählt. Bei der Erziehung zur Zentralkommission wurde Sinke gewählt. Mit der Aufforderung, den neugewählten Kollegen ihre Vertrauen entgegenzubringen und sie in jeder Weise zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Berlin. Die Branchenversammlung der Lugsuspapierarbeiter und Arbeiterinnen fand am 20. Januar im „Färstenthof“ statt und wies einen verhältnismäßig schwachen Besuch auf. Den Jahresbericht gab, wie üblich, der Obmann der Branche, Lippold. Die Agitationsstätigkeit war im Berichtsjahre eine außerordentlich schwierige, da die Krise, die sich schon zu Anfang des Jahres fühlbar machte, in den letzten Monaten die ganze Branche sehr stark in Mitleidenschaft gezogen hatte. Die Haupttätigkeit der Kommission mußte sich deshalb auf die Erhaltung des Mitgliederbestandes, sowie die Abwehr von Verschlechterungen in den Arbeitsverhältnissen konzentrieren, was infolge der mibildigen Organisationsverhältnisse nicht immer in dem gewünschten Maße möglich war. Lebhafteste Entrüstungsruufe wurden aus der Versammlung laut, als u. a. ausgeführt wurde, daß z. B. die berühmte Firma Albrecht u. Meißner die für sie günstige Lage ausnützt, um die männlichen Arbeiter noch mehr durch weibliche Personen zu verdrängen und in ihrer Brutalität so weit ging, daß sie am Weihnachtsheligenabend Präger entließ, die 14—19 Jahre ununterbrochen zur Zufriedenheit bei der Firma gearbeitet hatten, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie nur noch weibliche Personen in der Prägerie einstellen wollen.

Daß die Agitationskommission nichtsdestoweniger im Berichtsjahre auf eine rege Tätigkeit zurückblicken kann, geht z. B. daraus hervor, daß dieselbe sich an 451 Sitzungen und Versammlungen beteiligte und 12 500 heftographierte und 11 500 gedruckte Einladungen, Flugblätter usw. anzufertigen, resp. für deren Verteilung zu sorgen hatte sowie an 4000 Postsendungen verschickte. Die Vorbereitungen zu einer großen Massenagitation wurden mit der Zusammenstellung eines Verzeichnisses aller unserer Branche zugehörigen Firmen begonnen und bei 138 Firmen bisher die ersten Nachfragen eingezogen. — Eine wichtige Neuerung ist des weiteren noch anzuführen: die Einführung von monatlichen Berichtskarten. Trotz des hohen Wertes, den sie bei der Agitationsstätigkeit für uns bilden, ließ indessen ihre Einsendung recht sehr zu wünschen übrig. Im besten Falle gelang es nach wiederholten Mahnungen, nur zwei Drittel derselben mit den Angaben von 1404 weiblichen und 433 männlichen Personen zurück zu erhalten. Wenn das so gewonnene Material trotzdem in ausführlicher Weise in unserm Jahresbericht der Zahlstelle bearbeitet wurde, so nur in der Hoffnung, daß auch die nachlässigen Vertrauenspersonen den Wert einsehen und sich bessern werden.

Die Debatte war eine sehr rege und fand in ihr die Tätigkeit der Kommission volle Anerkennung. Mit Rücksicht auf das außerordentlich große noch brachliegende Gebiet unserer Branche, wurde ein Antrag des Koll. Jahrs, die Kommission auf 9 Personen zu erhöhen, angenommen. Bei der hierauf folgenden Wahl zeigte sich indessen beschämenderweise, daß trotz mehrfacher Eröffnung der Vorschlagsliste nicht 9 Personen sich bereit fanden, in die Kommission einzutreten. Es mußte deshalb notgedrungen die Versammlung ihren angenommenen

Antrag vorzubereiten und es bei der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe von 7 Personen bewenden lassen. Gewählt wurden die Kollegen Lippold, Hofenzweig, Kempfe, Kaufmann, Jahn, sowie die Kolleginnen Frau Hofschy und Frau Benz, während zur Ortsverwaltung die Kollegen Würzberger und Dähne delegiert wurden. Ein Antrag, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um die Mißstände in den beschriebenen Betrieben unserer Branche mal gehörig an den Bräuer zu stellen, wurde der Kommission zur Berücksichtigung überwiesen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß die Kommission sich konstituiert und den Kollegen H. Lippold, N. 58, Ralmörferstr. 1 IV, wiederum zum Obmann gewählt hat. Ihre Sitzungen finden regelmäßig jeden Freitag, abends 8½ Uhr, in unserem Verbandsbureau im Gewerkschaftshaus statt.

Berlin. Die Branchenversammlung der Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen, die sich mit der Berichterstattung sowie mit der Neuwahl der Branchenvertrauensleute beschäftigte, war gut besucht, galt es doch, einen Rückblick zu werfen auf das vergangene Krisenjahr. Es fanden zwei Tarifschiedsgerichtssitzungen statt. In der ersten Sitzung wurde beschlossen, daß der Wiedereröffnung von Stückerarbeit nichts entgegen stehe, nur habe die Firma die Affordersäge mit dem betreffenden Personal unter Sinzugleichung der Tarifkommission vorher zu vereinbaren. Der zweite Fall konnte nicht zur Beschlußfassung gelangen, da die zu erhöhenden Affordersäge bereits vor der stattgefundenen Lohnbewegung Geltung hatten und bei der Revision der Werkstufenentwässerung die Forderungen nicht gestellt worden waren. Der in Frage kommende Fabrikant erklärte sich jedoch bereit, die Affordersäge zu erhöhen. Ein Fall von besonderer Bedeutung ereignete sich in einer anderen Firma, wo auf Veranlassung der Organisationsleitung der Meister entlassen wurde, da er sich unbillige Angriffe auf ihm unterstellte junge Arbeiterinnen zuzuschreiben kommen ließ. Drei Firmen gaben ihrem Personal einige Tage Ferien. Große Güterkeit erweckte es, als berichtet wurde, daß sich ein weiterer Fabrikant bereit erklärte, seinem Personal Ferien zu geben und zwar demjenigen, der bereits 5 Jahre im Geschäft tätig ist und das besondere Bedürfnis durch einen Arzt festgestellt sei. Selbstverständlich wurde dieses freundliche Angebot zurückgewiesen. Keese erfuhr sodann, das Anschauen sowie Schreiben von Offerten zu unterlassen, liege doch Gefahr vor, die im Betriebe beschäftigten Personen zu schädigen. Die regelmäßig stattgefundenen Werkstufen-Vertrauensmännerversammlungen waren fleißig besucht. Verbindung hat die Kommission mit 18 Firmen mit insgesamt 238 männlichen und 348 weiblichen Personen und 21 Lehrlingen. Gegen das Vorjahr 26 männliche und 36 weibliche Personen weniger. Hier von waren organisiert 218 männliche und 308 weibliche oder 89 Proz. Kollege Keese dankte sodann dem Kollegen Wagner, welcher sein Amt in der Tarifkommission niederlegt, für seine treue und fleißige Mitarbeit und bedauert er unter Beifall der Versammlung dessen Austritt aus genannter Kommission. Lemser ergänzt in einigen Punkten den Bericht und bittet alles daran zu setzen, das gegenseitige Einvernehmen zu fördern. Der Vertrauensmann für die Linierer, Kloppe, geht sodann des näheren auf die Verhältnisse der Linierer ein. Es sind in 32 Betrieben 42 Gehilfen und 66 Arbeiterinnen und 5 Lehrlinge vorhanden, davon sind organisiert 21 männliche und 45 weibliche. Kollege Wagner kommt nochmals auf die schwebende Streikarbeit zu sprechen und entsefelt dieser Punkt eine längere Diskussion.

Die Wahlen zeitigten folgendes Resultat: Zur Branchenleitung wurde Keese und Lemser, als Beisitzer für die Ortsverwaltung Berger, in die Tarifkommission Gottesmann und als Vertrauensmann für die Linierer Kloppe gewählt. Keese, Garder, Ehrst und andere besprechen die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene freiwillige Extrasteuern und die von Berlin vorgeschlagene Abschaffung. Abschließend wird betont, neben dem beschlossenen obligatorischen Beitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche, die Verbandsextramarken noch weiter zu verbreiten und darauf zu drängen, daß diese recht fleißig gelehrt werden.

Hamburg-Altona. Am 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die recht gut besucht war und einen interessanten Verlauf nahm. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegin Marie Tische in üblicher Weise gelehrt.

Im verfloffenen Quartal wurde eine größere Anzahl Verbandsversammlungen abgehalten, wobei verschiedene Vorstöße einzelner Interzähler abgewehrt werden konnten. Die Einnahme der Verbandskasse betrug 3857,10 Mk., die Ausgabe 2790,21 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse belief sich auf 1780,88 Mk., die Ausgabe auf 1803,64 Mk. — Arbeitslos waren insgesamt 126 Kollegen und 150 Kolleginnen. Es

entfallen auf die ersten 2289 Tage, auf die letzteren 1677 Tage Arbeitslosigkeit. Von den 52 eingelaufenen Stellen für Gehilfen wurden 45, von den 93 für Arbeiterinnen 75 besetzt.

Nach Abnahme des Geschäfts- und Kassenberichts hielt die Versammlung mit einigen teilweise schon seit Jahren in üblem Ansehen stehenden Firmen gründliche Abrechnung. Sehr bedenkliche Mißstände in jantärer Beziehung scheinen bei Aktie zu herrschen, denn die von mehreren Augenzeugen geschilderten Unsauberkeiten in dessen Buchbinderbetrieb sind geradezu haarsträubend. Die Firma Busse Blue., welche vorwiegend an die Oberschulbehörde liefert, läßt immer noch 10 Stunden arbeiten und zahlt weit unter dem Minimallohn. Es wurde angeregt, einmal die Behörde von den dort üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kenntnis zu setzen. Ein Versuch, die bei dieser Firma Beschäftigten der Organisation zuzuführen, verlief ausichtslos. Der Inhaber der Firma Görtz soll angeblich die Verbandszugehörigkeit nicht gern sehen, obwohl er öffentlich behauptet, nichts dagegen zu haben. Bei Bruch u. Dieck in Ottenen soll namentlich die weibliche Arbeitskraft auf äußerste ausgebeutet werden. Orban u. Küstermann Beschäftigten mit Vorliebe jugendliche Arbeiterinnen zu niedrigen Löhnen. Leider waren diese bisher für Organisation nicht zu gewinnen, abgesehen die Väter vieler dieser Mädchen organisierte Arbeiter sind. Es wurde als wünschenswert bezeichnet, einmal einen Appell an die organisierten Arbeiter zu richten, ihre Töchter und Schwestern auf die gewerkschaftliche Organisationspflicht hinzuweisen. Die Firma Franke u. Scheibe hatte an der Falzmaschine eine 15jährige Arbeiterin beschäftigt, und zwar bei schnellstem Gange der Maschine. Da diese Arbeit bekanntlich eine sehr nervenzerrüttende ist, so richtete unser Bevollmächtigter an den Geschäftsführer der Firma ein höfliches Schreiben, worin er um Abstellung dieses und noch einiger anderer Uebelstände bat. Das Antwortschreiben war nicht sehr höflich, sondern in sehr schroffem Tone gehalten; trotzdem hat man sich doch veranlaßt gesehen, die jugendliche Arbeiterin an der Falzmaschine durch eine andere, ältere, zu ersetzen. Schließlich wurde noch die Firma Otto Buchholz erwähnt, die ebenfalls von Behörden bevorzugt wird, aber ihre Geschäftsbüchereifertigungen aus sehr rückständigen Industriestellen bezieht. Im übrigen wurde das Unwesen der Ueberzeitarbeit sehr scharf gerügt, das in vielen Betrieben in sehr ausgeprägtem Maße besteht. Die Kollegen sollten, soweit sie Einfluß darauf haben — und das ist doch oft der Fall —, möglichst dahin wirken, daß die Ueberstunden vermieden und statt dessen mehr Kollegen und Kolleginnen eingestellt werden. Dadurch würde die große Arbeitslosigkeit doch wesentlich eingeschränkt werden. — Die Wahlen ergaben die Wiederwahl fast sämtlicher Körperschaften in der bisherigen Zusammensetzung.

Rathenow. Unsere Zahlstelle hielt am 19. Januar ihre Jahres-Generalversammlung ab. Da sie gab den Kassenbericht vom 4. Quartal. Einnahme der Verbandskasse 949,17 Mk., Ausgabe 749,61 Mk. Lokalkasse: Einnahme 440,03 Mk., Ausgabe 225,78 Mk. Mitgliederbestand am 1. Januar 1909: 103 männliche, 38 weibliche. Den Jahresbericht gab Stübgen. Es haben stattgefunden 12 Vorstandssitzungen und 11 Mitgliederversammlungen. In zwei von diesen waren Referenten anwesend. Des weiteren fand noch eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche dem Gauvorstand angeregt wurde und auf der der Gauvorstand und noch drei Kollegen aus Berlin anwesend waren. Jedoch war die Versammlung von Mitgliedern sowie von Indifferenzen schlecht besucht. Die Verwaltung hatte hierzu Flugblätter herausgegeben, die an die Indifferenzen zur Verteilung gelangten. Der Erfolg blieb nicht aus, denn als in eine Hausagitation eingetreten wurde, wurden sehr schöne Resultate, besonders unter den Kolleginnen erzielt. Weiter fand eine Frauenversammlung statt, in welcher Frau Schreiber-Berlin referierte. Außerdem wurden 4 Vertrauensmännerversammlungen sowie 3 Branchenversammlungen der Kinderarbeiter und 3 Sitzungen der Agitationskommission abgehalten. Infolge Differenzen mußte der Vorstand bei der Firma Höding vorstellig werden, wo Abzüge stattgefunden hatten. Die Firma wurde gesperrt. Die Solidarität der Kollegen kam gut zum Ausdruck dadurch, indem sich niemand bei der Firma meldete, um Arbeit anzunehmen. Das Vorstelligwerden hatte den Erfolg, daß Herr Höding erklärte, die Preise zu zahlen, wie sie bei anderen Firmen gezahlt werden, also tarifmäßige. Die Sperre wurde daraufhin aufgehoben.

Da sie erstattet den Jahresbericht der Verbandskasse: Einnahme 3080,58 Mk., Ausgabe 2887,02 Mk. Lokalkasse: Einnahme 945,28 Mk., Ausgabe 781,03 Mk. Mitglieder waren vorhanden am 1. Januar 1908: 122. Eingetreten 44, zugereist 3, übergetreten vom Schneiderverband 1. Ausgetreten sind: durch Tod 1, abgereist 5, ausgetreten 20, Bestand am 1. Januar 1909: 141 Mitglieder.

In den Vorstand wurden gewählt Krüger, Vorsitzender; Meines, Kassierer; Giese, Schriftführer; Weisiger, Rötter, Krause und Frau Bildt; Revisoren: Böhrs und Wolsow; Kartelldelegierter: Busse.

Zu den am 26. Januar, 9. Februar und 23. Februar stattfindenden Vortragsabenden wurden 11 Kollegen delegiert.

Unter „Verständenes“ wurde Beschwerde geführt gegen die Kürzungen der Berichte, welche von unserer Zahlstelle zur Veröffentlichung im Fachorgan eingekandt wurden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Generalversammlung protestiert aufs energischste gegen die Kürzungen der Berichte, welche von hiesiger Zahlstelle zur Veröffentlichung im Fachorgan eingekandt wurden. Gründe hierzu geben uns die langen Versammlungsberichte der großen Zahlstellen, die des öfteren auch einem Protokoll gleichen. (? D. R.) Die Generalversammlung erwartet daher, daß in Zukunft die Berichte nicht mehr so der Verstümmelung unterworfen werden, wie es bisher der Fall gewesen ist.“

Zeis. Am Sonnabend, den 16. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zunächst erstattete Kollege Scheffel den Geschäftsbericht vom verfloffenen Jahre. Er hob hervor, daß der Versammlungsbesuch ein minimaler zu nennen sei. Bedauert muß werden, daß es noch einige Mitglieder gibt, die sich das ganze Jahr nicht in den Versammlungen sehen ließen. Es wurden einige Vergnügen beantragt und Kollege Zinke-Leipzig hielt uns einen Vortrag über: „Die Entwicklung des Wirtschaftslebens.“ Weiter hat sich unsere Zahlstelle im letzten Quartal mit einigen kleinen Gewerkschaften vereinigt und kombinierte Versammlungen abgehalten, in denen von einigen Parteigenossen Vorträge über „Kapital und Arbeit“ und „Die Krise und ihre Folgeerscheinungen“ gehalten wurden.

Hieran schloß der Kassierer den Bericht vom 4. Quartal. Weiter wurde dann der Kartellbericht gegeben. Die Wahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: Rodtrob, 1. Vorsitzender, B. Wagner, 2. Vorsitzender, Meber, Kassierer, Eberlein, Schriftführer, E. Wagner, Kartelldelegierter, Fr. Hirsch, Beisitzer, Revisoren: Köpcke und Hoyer, Unterkassierer: Brüdner.

Ein Antrag, welcher die Abschaffung der Hochzeitsgeschenke betraf, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Weiter ist in der Zahlstelle beschlossen worden, daß jedes männliche Mitglied eine Extrasteuermarke zu 20 Pf. und jedes weibliche eine solche zu 10 Pf. monatlich zu entnehmen hat. Leider wurde von einigen Kollegen bedauert, daß uns unser Gauvorstand im verfloffenen Jahre wieder so stiefmütterlich behandelt hat, nicht ein Schreiben hat er uns zukommen lassen.

Heilbronn. Unsere Zahlstelle hielt am Sonntag, den 17. Januar, ihre Generalversammlung ab. Dieselbe hatte sich leider nicht des Besuches zu erfreuen, wie man es von einer derart wichtigen Versammlung erwarten könnte. Der Jahresbericht wurde von Kleinhecht erstattet, der Kassenbericht von Neuschle. Beide Berichte wurden mit Befriedigung entgegengenommen. Organisiert sind in Heilbronn 114 Kollegen und 4 Kolleginnen. Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vors. Kleinhecht, Kassierer Neuschle, Schriftführer Draub, Beisitzer: Diem, Strentfert, Haug und Schwarz. Revisoren: Gern und Schmid. Kartelldelegierte: Diem, Strentfert und Kochendörfer.

Kollege Köhler-Stuttgart, welcher zufällig als Gast anwesend war, hielt ein kurzes Referat über die Geschichte des Verbandes und der hiesigen Zahlstelle, welches von den anwesenden Kollegen mit Interesse angehört wurde.

Wäge unter der neugewählten Verwaltung auch neues Leben in unsere Zahlstelle kommen, denn es ist dringend notwendig, daß nunmehr eine kräftige Agitation einsetzt, damit im Jahre 1911, in welchem unser Tarif abläuft, eine zielbewusste und kampfbereite Kollegenschaft hinter uns steht.

Leipzig. Hiesige bürgerliche Zeitungen berichten nachstehendes: „Herr Gustav Georg Dugo Frische ist als Mitglied des Vorstandes der Firma Leipziger Buchbinder-Akten-Gesellschaft vorm. Gustav Frische folgendes: In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung wurde, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, konstituiert, daß Direktor Frische die Gesellschaft schwer geschädigt habe. Der Aufsichtsrat sei durch ihn fortgesetzt dupliert worden. Frische sei, nachdem das feststehende habe, sofort entlassen worden. Ein Aktionär fragte an, ob Frische sich nach auf freiem Fuße befinde oder ob bereits An-

zeige beim Staatsanwalt gegen ihn gestellt sei, darauf enthielt sich die Verwaltung der Antwort. Die Verwaltung teilte ferner mit, daß die letzte Bilanz vom 21. September 1908 sich als falsch erweisen habe. Statt des damals ausgewiesenen Reingewinns von 93 000 Mk. sei eine Unterbilanz von 300 000 Mk. vorhanden gewesen. Frißche habe hinter dem Rücken des Aufsichtsrates mit dem Buchverlag fürs Deutsche Haus in Berlin einen Vertrag geschlossen, der die Gesellschaft schwer geschädigt habe. Die Gesellschaft sei dadurch mit 460 000 Mk. festgelegt. Ferner wurde konstatiert, daß ein Posten der im Vorjahre ausgegebenen Aktien nur zum Teil bezahlt worden sei. Es wurde angeregt, den Aufsichtsrat regreßpflichtig zu machen.

Die Morgenausgabe des „Berliner Tageblatt“ vom 26. Januar berichtete: Im weiteren Verlaufe der geistigen außerordentlichen Generalversammlung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Der Aufsichtsrat wird beauftragt, einer neu einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung eine vollständige neue Bilanz per ultimo Dezember 1908 vorzulegen, ferner soll eine fünfjährige Kommission, welche gemeinsam mit dem im September 1908 neugewählten Aufsichtsratsmitgliedern Vorschläge über eine Sanierung der Gesellschaft ausarbeiten soll, gewählt werden. Weiter sollen die in der Generalversammlung vom 30. September 1908 gefaßten Beschlüsse über die Verwendung des Reingewinns wegen Fiktum in der Bilanz angefochten und aufgehoben werden. Der in dieser Bilanz ausgewiesene Reingewinn von 93 000 Mk. soll vorläufig einem besonderen Defizitkonto überwiesen werden. Ueber die Dechargeerteilung für 1907/08 soll die neu einzuberufende Generalversammlung abstimmen. Zugestimmt wurde dem Antrage der Verwaltung, sich an einer neu zu gründenden G. m. b. H. mit 10 000 Mark zu beteiligen. Die G. m. b. H. soll den Verlag der Bücher des „Deutschen Hauses“ fortführen. Ein weitergehender Antrag, die Bilanz für 1907/08 wegen Täuschung anzufechten, wurde abgelehnt.

Deffau. Unsere Zahlstelle hielt am 12. Januar ihre Generalversammlung ab, und zählte sie am Schlusse des vergangenen Jahres 19 Mitglieder gegen 16 im Vorjahre. An Neuaufnahmen hatten wir 20 zu bezeichnen, von denen 11 wieder ausgetreten sind. Tannert erstattete den Kasfenbericht vom 4. Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von 188,21 Mk. Auch in unserer Zahlstelle macht sich die Krise bemerkbar. Es wurden allein im letzten Quartal 156 Mk. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Die Jahresabrechnung der Lokalkasse hatte eine Einnahme von 264,44 Mk., demgegenüber stand eine Ausgabe von 212,46 Mk. An Krankenunterstützung wurden 53,60 Mk. ausgezahlt.

Der Besuch der Versammlung war leider nicht besonders. In Fällen, wenn es gilt, die Unterstützungsanstalten in Anspruch zu nehmen, da können die Mitglieder den Vorstand oder die Versammlung finden. Wir möchten allen interesselosen Kollegen und Kolleginnen dringend raten, in den Versammlungen zu erscheinen und für rege Agitation zu sorgen, deren es hier noch sehr bedarf, und wir werden die Freude haben, unsere Mitgliederzahl verdoppelt zu sehen, was uns in Deffau sicher gelingen wird, wenn alle Mann an diesem Werke mitarbeiten.

In den Vorstand wurden die Kollegen gewählt: Köhler, 1. Vorsitzender; Voigt, 2. Vorsitzender; Tannert, Kassierer; Pürfürst, 1. Schriftführer, Wittig, 2. Schriftführer; Tannert, Kartellbelegter; und als Revisoren Voigt und Pürfürst.

Zurückgestellt wurden infolge Raummangels: Tabaksteuer, Tabakarbeiterkongreß und Buchbinderverband, sowie Korrespondenzen aus Kaufbeuren, Gleiwitz, Eisenberg.

Rundschau.

Die preussische Wahlrechtsbewegung nimmt wieder lebhafteren Gestalt an. Die Vertretung der Klassenbewußten Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus ist nur 7 Mann stark und kann nach der Geschäftsordnung dieses Hauses keine selbständigen Anträge stellen. Nach dem Junieste in Berlin und Hannover-Binden müssen die Junfer und Bourgeoisie, die früher die preussischen Landtagsstühle für sich monopolisiert hatten, den Schrei der entrechteten Volksmassen auch in der preussischen Kammer anhören. Von 443 preussischen Landtagsmandaten konnte die größte politische Partei Preussens, die Sozialdemokratie, freilich nur 7 Mandate erobern. Das ist der beste Beweis für die himmelführende Ungerechtigkeit dieser Skizatur eines Wahlrechtes. Nun hat die Thronrede eine organische Fortentwicklung des bestehenden preussischen Wahlrechtes in Aussicht gestellt. Die regierende Bureaucratie des preussischen Klassenstaates ist mit Erhebungen über die

Wirkungen der verschiedenen Wahlssysteme beschäftigt, denen Erwägungen folgen sollen. Das preussische Volk aber, das in seiner 1819 den 60. Geburtstag der preussischen Dreiklassenform feiern wird, protestiert gegen die organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts und fordert geteilt die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.

Welche Bedeutung der preussische Landtag gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen hat, haben wir in der „Buchb.-Ztg.“ im Mai v. J. während der preussischen Landtagswahlbewegung eingehend auseinandergesetzt. Die seither verfloffenen Monate haben uns nur zu recht gegeben. Wir brauchen nur an die graufige Grubenkatastrophe auf Zeche Rabod zu erinnern! Wenn die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der preussischen Wahlrechtsbewegung zu Massenprotesten aufgerufen werden, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße ihre Pflicht tun und den herrschenden Gewalten deutlich zu Gehör bringen, daß die Reden der preussischen Arbeiterabgeordneten draußen ein millionenfaches Echo finden.

„Arbeiter-Jugend“. Die erste Nummer des von der unterzeichneten Zentralstelle ins Leben gerufenen Jugendorgans, der „Arbeiter-Jugend“, wird unter der Redaktion des Genossen K. Korn am 30. Januar v. J. erscheinen. Die „Arbeiter-Jugend“ wird von da ab alle 14 Tage, jeweilig 12 Seiten stark, im ungefähren Format der „Gleichheit“ ausgegeben werden. Die bisherigen Organe des jugendlichen Proletariats, die „Arbeiterjugend“ (Berlin) und die „Junge Garde“ (Mannheim), die beide auf dem Felde der Jugendbewegung und Bildung treffliche Pionierdienste geleistet haben, stellen nunmehr zugunsten des neuen Blattes ihr Erscheinen ein.

Die „Arbeiter-Jugend“ ist in erster Linie als Bildungsorgan für die jugendlichen Arbeiter gedacht. Das Blatt soll vornehmlich die Wissenschaften pflegen, die die Erziehungspolitik des Massenstaates der Jugend des Proletariats vorenthält, die aber gerade der erwachsenen Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die schärfsten Waffen liefert, also Naturerkenntnis im weitesten Sinne, Geschichte, besonders Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaftslehre und Verfassungsweisen in ihren grundlegenden Begriffen und Tatsachen. Zudem das Jugendorgan diese Gebiete in einer dem Auffassungsvermögen der Jugend angepaßten Form, aber stets im Geiste der fortgeschrittenen Wissenschaft behandelt, wird es unfehlbar Jugend auf breiterer Grundlage die Einführung in die Weltanschauung des Sozialismus darbieten. Demselben Zwecke auf anderem Wege wird das Jugendorgan auch in dem Maße zu dienen haben, der der schönen Literatur und der Unterhaltungsliteratur gewidmet ist.

Ferner soll das Organ die spezifischen wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend, ihre Forderungen in bezug auf gewerbliches und politisches Recht, Lehrlingschutz, Fortbildungsweisen usw. nachdrücklich vertreten.

In das Programm des Blattes fallen des weiteren Technik und Gesundheitspflege (Turnen, Spiel, Sport und Wanderungen), die Ueberblick über die Jugendbewegung des In- und Auslandes, die Diskussion von Vorschlägen, die aus dem Kreise der Leser selbst in bezug auf die Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungswezens der Jugend, des Lebens und Treibens in ihren Verkehrslokalen einfließen.

Alle Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: K. Korn, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Die örtlichen Jugendkommissionen und alle Genossen wie Genossinnen, denen die Jugendbewegung, die Durchdringung des proletarischen Nachwuchses mit dem Geiste des Sozialismus am Herzen liegt, werden dringend ersucht, für die weiteste Verbreitung unseres neuen Organs alle Kräfte einzusetzen. Für die Sozialdemokratie, die selbst die Partei der Zukunft und der Menschheit Jugend ist, gilt natürlich mit ganz besonderem Rechte und in viel höherem Sinne als für jede sonstige politische oder geistige Richtung das Motto: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.

Die „Arbeiter-Jugend“ kostet vierteljährlich 50 Pf.; Einzelnummern 10 Pf. Vereine, Buchhandlungen und sonstige Wiederverkäufer erhalten entsprechende Rabatte. Alle Anfragen und Zuschriften wegen der Expedition der „Arbeiter-Jugend“ sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten.

Die erste Nummer der „Arbeiter-Jugend“ erscheint in Massenauflage und steht den örtlichen Jugendkommissionen unentgeltlich zur Verfügung. Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Redaktion der „Arbeiter-Jugend“.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1908 gingen weiter bis zum 26. Januar bei der Verbandskasse ein: Von Annaberg-Buchholz mit 500 Mk., Apolda — Mk., Augsburg 30 Mk., Berlin 18 026 Mk., Bonn 50 Mk., Bremen — Mk., Breslau 600 Mk., Briesg 120 Mk., Burgstädt 100,18 Mk., Darmstadt 5,09 Mk., Dortmund 280 Mk., Dresden 3300 Mk., Düren 120 Mk., Erfurt 200 Mk., Frankfurt 1020 Mk., Gütlich 450 Mk., Gera 155 Mk., Göttingen — Mk., Hagen 150 Mk., Hamburg-Altona 900 Mk., Hanau 455,32 Mk., Hannover 3200 Mk., Karlsruhe — Mk., Kiel 43,08 Mk., Köln 200 Mk., Lahr 500 Mk., Leipzig 20 100,10 Mk., Ludenwalde — Mk., Lüdenscheid 62,04 Mk., Mannheim-Ludwigshafen — Mk., Mülheim-Eberhausen 20 Mk., Nürnberg 50 Mk., Offenbach 200 Mk., Plauen 350 Mk., Reutlingen 190 Mk., Ruhl 114,70 Mk., Stettin — Mk., Stuttgart 5144,20 Mk., Würzburg 200 Mk., Wurzgen 112,70 Mk., Gau 2 — Mk., Gau 4 100 Mk., Gau 6 320,40 Mk., Gau 9 75 Mk., Gau 11 162,24 Mk., Gau 13 350 Mk., Gau 14 100 Mk., Gau 15 400 Mk. und vom Gau 16 mit 152,20 Mk. E. Gaueisen.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau 14. Gauborort Straßburg. Vertrauensmann für Mek: G. Riese, Kaiser-Wilhelms-Haus.

Verteilige Bevollmächtigte.

Detmold: E. Driefelmann, Emhardsstraße 16 II.
Heilbronn: L. Kleinmiedt, Gerhardsstraße 2.
Mathemow: B. Krüger, Jagestraße 29.
Düren: J. Gottschalk, Eisenbahnstraße 57.
Schwerin i. M.: A. Gäß, Kaiser Wilhelmstraße 47 I.
Zeitz: O. Hoffstrosch, Bismarckstraße 21.
Deffau: K. Köhler, Teichstraße 36.

Unterstützungs-Anzahler.

Göttingen: Aug. Girzel, Obere Freiheitsstraße 37 II, abends 6½—8 Uhr.
Düren: Joh. Frenken, Jülpicherstraße 27, täglich 12—1 Uhr und 7—8 Uhr, Sonntags 9½—10½ Uhr.
Hagen: H. A. Sötte, Nembergstraße 6.

Literarisches.

Im Verlage von J. G. B. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **„Bergarbeiter“**, Schauspiel in 1 Akt von Lu Märten. Preis broschiert 1 Mk.

„Neue Fahrt“. Gedichte von Otto Krille. Mit Illustrationen und Titelbild von Felix Hollenberg. Verlag von Johann Sassenbach-Berlin. Preis 1 Mk.

„Der Arbeitsmarkt“. Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. (Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow, Berlin. Verlag von Georg Reimer.) Die als Organ des „Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 4 des 12. Jahrgangs unter anderem: Die Organisation des deutschen Arbeitsnachweises. Von Dr. jur. Richard Freund. — Arbeitsmangel. — Landflucht. — Arbeitsnachweise. — Ausländischer Arbeitsmarkt: Der internationale Arbeitsmarkt im Jahre 1908. — Der Arbeitsmarkt in Chile, Transvaal und Transkaukasien. — Der Arbeitsmarkt in Großbritannien. — Inländischer Arbeitsmarkt: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Dezember. — Die Lage des Arbeitsmarktes im graphischen Werke in Deutschland. — Arbeitslosenfürsorge. — Arbeitslosenzählungen: Maßnahmen zur Beschäftigung von Arbeitslosen in Ludwigshafen a. Rh. — Arbeitslosenfürsorge in der Schweiz. — Tausche Arbeitslosenversicherung. — Ein Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung in Solingen. — Arbeitslosenzählung in Augsburg. — Arbeitsnachweise: Monatsstatistik. — Angliederung von Arbeitsnachweisen an städtische Arbeitsämter in Rauen i. N. — Essen und Colmar i. E. — Der Stellennachweis des deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes im Jahre 1907/1908. — Ueber das gewerkschaftliche Stellenvermittlungswesen bei den Metallern. — Arbeitsnachweiseverbände: Jahresversammlung des Verbandes zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf. — Jahresversammlung der Verwaltungsbeamten der württembergischen Arbeitsämter. — Literatur: Die Heimstättenversicherung, eine soziale Einrichtung zur Bekämpfung der Landflucht. Von Dr. F. Buer. — Eingegangene Bücher. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise mit zahlenmäßigen Angaben für Dezember 1908.

ANZEIGEN

Zentral-kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hülfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Leipzig.
Dienstag, den 2. Februar 1909,
abends 8 1/2 Uhr, im Restaur. E. Weidmann, Käubchenweg

Haupt-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Dortmund.

Samstag, den 30. Januar 1909,
abends 9 Uhr, im Lokal Diefes, Brüderweg 28

Haupt-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen
Die Ortsverwaltung.

Für Buchbinder günstig

ist in verkehrsreich. Straße Leipzigs,
vorteilhafte Lage, gutgehendes,
zirta 18 Jahre bestehendes :: ::

Schreibwaren - Geschäft

Familienverhältnisse halber für
5800 Mk. bar sofort zu verkaufen.
Offerten erbeten unter **L. J. 704**
an Rudolf Mosse, Leipzig.



O. Th. Winckler
1862

Lieferung ganzer Einrichtungen
für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlstelle Berlin

Verwaltungsstelle Berlin der Zentraltrantentasse der Buchbinder und Gesangverein Liberté.

Sonnabend, den 20. Februar 1909

Großer Wiener Masten-Ball

im Festsaal der Hoppoldt-Brauerei, Hasenheide, Eingang Gräfenstraße.

2 Musikkapellen.

Um 12 Uhr: Demaskierung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Billett 50 Pfennig.

Abendkasse findet nicht statt.

Interessante Präsente für Damen.

Billetts sind für Mitglieder und deren Angehörige auf den Bureau's Engel-
Ufer 15 II, Zimmer 39/40 und 24, sowie in den Übungsstunden des Gesangvereins
Liberté, Freitag abends bei Meyer, Draniensfr. 103, bei den Werkstuden-Vertrauens-
personen und in den Zahlstellen zu haben.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Das Komitee.

Wer sich mit dem Abschließen von
Feuer- und Einbruch-Diebs-
stahls-Versicherungen sowie Vermittlung
von Singer-Nähmaschinen befaßt, wolle,
gebe seine Adresse an **Richard Meyer**,
SO. 33, Stallgerstr. 98. Tel. IV, 9286
(Nebenschluß).

Inserate finden nur
Aufnahme
wenn ihnen der Betrag
beigefügt ist.

Der neue Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 0,85 M. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3.— M.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 0,25 M., für Nichtmitglieder 0,50 M.

Sämtliche Tarife sind zu beziehen durch die Expedition der Buch-
binder-Zeitung nur gegen Voreinsendung des Betrages.

Buchbinder-Männerchor Leipzig

Mitgl. d. Arbeiter-Sänger-Bundes.

Dirigent Herr Max Fischer.

Sonnabend, den 13. Februar 1909

Gr. humoristische Abendunterhaltung

im Saale der „Drei Mühren“, L.-Anger, Breitestr. 7.

Amüsantes Programm.

Nachdem: **Großer Ball.**

Einlaß 7 Uhr.

Anfang 8 1/4 Uhr.

Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Programme sind bei sämtlichen Mitgliedern sowie im Verbandsbureau
zu haben.

Alle Kollegen und Kolleginnen ladet zu einem genussreichen Abend
ergebenst ein

Der Vorstand.

NB.: Sämtliche Räume sind noch mit der herrlichen Maskenball-
dekoration geschmückt.
D. D.

Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlstelle Hamburg-Altona

Sonnabend, den 6. Februar

Masken-Ball 1909

in sämtl. (eigenst) dekorierten Räumen der „Blumensäle“,
Eing. St. Pauli, Schmuckstraße u. Altona, Ferdinandstraße

Veranstaltung: „Ein Eisfest am Nordpol“

Um 12 Uhr 33 Minuten: Einzug des Eiskönigs nebst
Gefolge :: Beginn 8 Uhr 31 Minuten abends :: Kappen
und Nasen sind am Eingang zu haben :: Preis der
Herrenkarte 80 Pfennig, der Damenkarte 60 Pfennig.